



Lindauer Hoybote

Seite 2 **Pflichtaufgaben abgedeckt:**
Aus der Haushaltsrede der Bunten Liste

Seite 3 **Seifenblase Congress-Zentrum geplatzt:**
Lindauer Traumtänzer aus dem Tritt

Seite 4 **Vom Aufstieg und Fall Lindauer Großprojekte:**
Luftnummern im Höhenrausch

Stadtpolitik und Verwaltung ■ Die ‚gewöhnlichen‘ und die etwas ‚anderen‘ BürgerInnen

Näher an den Menschen – aber an welchen?

Die Diskussion um Tempo 30 bietet einen hervorragenden Anlass, die Bürgernähe in der Lindauer Politik und Verwaltung etwas näher zu beleuchten.

Eine Hand wäscht die andere

Da gibt es einzelne Bürger in der Stadt, die ganz dringend ein Haus bauen müssen. Nicht irgendwo, sondern im Landschaftsschutzgebiet, in Frischluftschneisen oder bester Ortsrandlage auf der grünen Wiese, abgerundet mit etwas Bergsicht. Ihnen wird im Rahmen des neuen Flächennutzungsplans mit Mehrheit der Wunsch gerne erfüllt – man kennt halt so viele BürgerInnen. Dann ist da noch der Handwerksbetrieb, der sich bereits deutlich vor Bekanntwerden seines Ansinnens das Grundstück für die spätere Umsiedlung gesichert hat; natürlich mitten in schönster Landschaft. Für diese einzelnen, „außergewöhnlichen“ Bürger ist es Obine und Stadtratsmehrheit keine Mühe zu viel, ihnen – im Fall des Handwerksbetriebes nachträglich genau am vorher gesicherten Platz – zum Baurecht zu verhelfen, gegen jegliche offizielle und selbstaufgelegte Regeln. Sogar die Regierung von Schwaben liefert nach plötzlichem Meinungsumschwung bereitwillig den Trick für den Anschluss des Baugrundstücks an das Dorf und damit für die Durchsetzbarkeit des Bauvorhabens.

Monate später werden in Lindau langjährige 30er-Zonen ersatzlos abgeschafft. Nachdem Bunte Liste und SPD einen Antrag zur Einführung einer 30er-Geschwindigkeitsbegrenzung in diesen Straßen stellen, ist es Verkehrsbehörde und Teilen der Politik – erneut mit Unterstützung durch die lokale Polizei – wiederum keine Mühe zu viel, diesen Wunsch vieler „gewöhnlicher“ Bürger kaltschnäuzig abzuschmettern; nicht einmal ein paar Tausend Euro für die Schilder werden vorsorglich in den Haushalt aufgenommen. Aber für viele neue Schilder zur Anpassung der restlichen 30er-Zonen an die neuen 50 km/h-Bereiche und die inzwischen zweimalige Umgestaltung der Pudelkreuzung spielt Geld keine Rolle.

„Freie Fahrt“ geht vor Sicherheit und Vernunft

Hier fehlt es in Politik und an oberster Stelle der Verwaltung an Unrechtsbewusstsein in punkto Gefälligkeitsentscheidungen sowie an Achtung und Respekt vor den „gewöhnlichen“ Bürgern und dem Gespür für ihre täglichen Nöte und Bedürfnisse. Zumal es hier nicht um eines der unbezahlbaren, hochriskanten Prestigeprojekte, sondern „nur“ um mehr Sicherheit und Schutz vor Verkehrslärm in Wohngebieten geht. Aber in diesem Fall wird mit eiserner Hand gegen einen nachdrücklich

vorgebrachten Wunsch vieler eigener Bürger „regiert“. Der neue Beschluss des Hauptausschusses, die ehemaligen 30er-Zonen rechtssicher wiederherzustellen, ist bislang das einzig verbindlich Positive. Die Ideen der Obine sind OB-wahltaktisch gefärbt und einerseits so umfangreich, dass die Realisierung selbst nach ev. gewonnener Wahl wegen hoher Kosten leicht auf den St.-Nimmerleinstag verschoben werden kann (ein beliebter Trick) und sollen andererseits möglichst viel „Tempo 50“ retten.

Fragen Sie sich selbst

Entspricht dies, liebe WählerInnen, Ihrem Bild der Bürgernähe von Politik und Verwaltung, das Sie vor 5 und 3 Jahren im Sinn hatten, als Sie Ihre Kreuzchen auf den Wahlzetteln vergeben haben?

PETER TRILOFF

Verkehr ■ „Endstation, bitte alle aussteigen!“



Bahnhof Lindau – und nun?

Die Lindauer Bahnhofsfrage ist immer noch nicht belastbar gelöst. Das Bahnmanagement hofft immer noch auf einen profitträchtigen Lindauer „Schatz im Silbersee“. Der Widerstand aus der Bevölkerung heraus aber ist weiterhin quicklebendig und voller Argumente pro Hauptbahnhof auf der Insel.

Zu den erfreulichen Beschlüssen der Stadtratssitzung vom 25. Januar 2011 gehörte, dass der Antrag der BUNTEN LISTE eine Mehrheit fand, ab sofort die Verhandlungskommission Lindaus mit dem DB-Management nun mit VertreternInnen aus allen Stadtratsfraktionen zu besetzen und damit zu demokratisieren. Als Nächstes muss erreicht werden, dass die Grundlagen dieser Verhandlungen dem gesamten Stadtrat und der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden. Beispielsweise gehört dazu die Stellungnahme des Verkehrswissenschaftlichen Instituts VWI Stuttgart vom Juli 2010. Dieses listet die finanzielle Maßlosigkeit des DB-Managements bei den Kosten für den Erhalt eines Eisenbahnhaltes auf der Insel auf. Dabei wird auch deutlich, dass eine zukünftige Eisenbahnbindung der Insel Lindau, des kulturellen, gesellschaftlichen und touristischen Zentrums der Stadt, nicht wie vom DB-Management berechnet bis zu 22 Millionen, sondern maximal 4 Millionen Euro kosten würde.

Außerdem skizziert dieses VWI-Gutachten u.a. mit der „Alternativen Variante 6a, Bahnhofslage Bestand Ost optimiert“ einen zukünftigen Bahnhofstandort auf der Insel, der ein tatsächlich zukunftsfähiges Lindauer Verkehrskonzept nicht grundsätzlich verbaut.

Wer kriegt den „Schwarzen Peter“?

Die DB AG gehört zu 100% dem bundesdeutschen Staat. Dieser zahlt dem Konzern derzeit für den Erhalt der Infrastruktur, für den Streckenneubau, Nah- und Regionalverkehr usw. jährlich rund 13 Milliarden Euro. Hinzu kommt der vom DB-Konzern ausgewiesene eigene Gewinn, z.B. 1,017 Milliarden Euro für 2009. Inzwischen drohte aber deren Manager Volker Hentschel bei weiterem Widerstand aus Lindau der Stadt für weitere Verzögerungen bei den Planungs- und Baumaßnahmen an der seit den 1970er-Jahren (!) erwogenen Elektrifizierung der Strecke München–Geltendorf bis Lindau–Grenze den „Schwarzen Peter“ zuzuschieben und eventuell ohne Zustimmung Lindaus im Stadtteil Reutin statt des Inselbahnhofs einen neuen Bahnhof zu bauen. Nur würde sich das für die DB-AG gar nicht rechnen, denn für die Schließung des bisherigen Hauptbahnhofs am Stadtzentrum auf der Insel benötigt sie nach § 11 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) für

Lindauer Kandidatenkarussell

OB-Wahl ■ „Steigen Sie ein! Steigen Sie auf!“

Es war keine Überraschung, dass Frau Seidl nicht mehr von ihrer CSU unterstützt wird, zeichnete sich dies doch schon in den vergangenen Jahren ab. Auch die Nähe zu den vier Stadtratskollegen der Freien Bürger war deutlich spürbar. So war auch die Erklärung von Günther Brombeiß, Petra Seidl auf den Schild zu heben, vorhersehbar. Was wir allerdings spannend finden, sind dieser Erklärung deutlich widersprechende Äußerungen von Anhängern der Freien Bürger außerhalb des Stadtrates. Dies sind traditionell VertreterInnen des Einzelhandels und anderer Gewerbetreibender – und bei denen kommt die Amtsinhaberin gar nicht gut weg. Wie groß deren Leidensdruck ist, beweist das Angebot eines ehemaligen FB-Stadtrates, eine OB-Kandidatur der Bunten Liste zu unterstützen, nur um Frau Seidl loszuwerden.

Es bleibt also kribbelig auf dem Lindauer Karussell!

ULI KAISER

Bahnhofsstilllegungen die Zustimmung der Politik: „Im Bereich der Eisenbahnen des Bundes entscheidet das Eisenbahn-Bundesamt im Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde. Bis zur Entscheidung hat das Unternehmen den Betrieb der Schieneninfrastruktur aufrecht zu halten.“

Insel-Bahnhof und „Bodensee-S-Bahn“

Dabei hat auch die Stadt Lindau ein Wörtchen mitzureden – ebenso die Österreichischen Bundesbahnen ÖBB, deren Vertreter und auch der Vorarlberger Verkehrsverbund, die wiederholt öffentlich erklärten, dass sie weiterhin mit ihren Zügen auf die Insel fahren möchten. Und in der Stadtratssitzung vom 30. November 2010 erklärte der Vertreter des Projektes „Bodensee-S-Bahn“, dass der derzeitige Bahnhof mit seinen 8 Bahnsteiggleisen auf der Insel die besten Voraussetzungen für eine optimale Bodensee-S-Bahn und die erforderlichen unkomplizierten Umsteigemöglichkeiten bietet. Ebenso ist es ein offenes Geheimnis, dass innerhalb der DB AG in Bayern die für den Regionalverkehr (in Lindau rund 95% der täglichen Züge) zuständige Konzerntochter DB Regio die Bahnhofsverlegungspläne des Konzernvorstandes gar nicht teilt, da sie die Vorteile des derzeitigen Lindauer Hauptbahnhofs zu schätzen weiß.

KARL SCHWEIZER

Die Aktionsgemeinschaft Inselbahnhof für den Erhalt des Bahnhofs auf der Lindauer Insel hat eine neue Internet-Adresse: www.bahnhof-lindau.de

Haushalt ■ Elementare Bedürfnisse und Pflichtaufgaben abgedeckt – Großprojekte spielen keine Rolle

Nachgelesen: Aus der Haushaltsrede der Bunten Liste

Inselhalle – ProLindau und IHK gescheitert

„Oh du fröhliche ...“ verkündete Herr Schmid, Geschäftsführer von ProLindau, vor Beginn der Herbstlichen Haushaltsberatungen.

Doch bezogen auf die von ihm vorgestellten Beiträge von ProLindau zur Finanzierung der Erweiterung der Inselhalle klingt das eher wie blanker Hohn oder kecke Selbstironie.

Erkenntnis aus den Haushaltsberatungen ist: ProLindau ist mit seinem Konzept grandios gescheitert. ProLindau wird zu den erheblichen Kosten einer Erweiterung der Inselhalle finanziell nichts beitragen. Ebenso gescheitert ist der Versuch von Firmen und Einzelpersonlichkeiten, mit dem Kauf einer Kommanditeinlage Einfluss zu nehmen auf OB, Verwaltung und Stadtrat. Die Zeiten, in denen lokale Wirtschaftskapitäne den Stadtrat in Sachen Wirtschaftsförderung, Hintere Insel, Kongresszentrum, Inselhalle vor sich hertreiben konnten, sind Geschichte.

Der Stadtrat hat am 21.07.2009 gegen die Stimmen der Bunten Liste für „die Sanierung und bedarfsgerechte Erweiterung der Inselhalle Lindau als Gesamtkonzept entschieden“, Investitionsvolumen: 14 Millionen Euro brutto. Eine entscheidende Zusage war: ProLindau verzichtet auf den jährlichen städtischen Inselhallenzuschuss und die Mieteinnahmen des Restaurants (331.400,00 €). Doch Zusage und Zahlen haben sich „als nicht belastbar“ (O-Ton CSU), als Luftbuchung entpuppt.

Vertagungstadt Lindau

Das vom Stadtrat auf maximal 14 Millionen Euro brutto gedeckelte Investitionsvolumen ist nach dem Architektenwettbewerb bereits Makulatur und auf 20 Millionen Euro gestiegen. Folgerichtig ist das Großprojekt „Tagungshalle“ im Haushalt 2011 mit einem Sperrvermerk versehen.

Zu unserer positiven Überraschung wurde auch deutlich, dass in allen Großprojekten unsere Oberbürgermeisterin mit ihrem Finanzierungskonzept ohne politischen Rückhalt in der CSU dasteht. Folgerichtig hat Frau Seidl sehr rasch die Notbremse gezogen und diese Themen in das kommende Jahr vertagt.

Vorschlag an Frau Seidl: Werben Sie doch mit der Ihnen eigenen Dynamik und Tatkraft für die „Vertagungstadt Lindau!“

Selbstlähmungskräfte der Bürgerlichen

Ein typisches Beispiel für die Selbstlähmungskräfte der bürgerlichen Stadtratsmehrheit war die Behandlung des von Herrn Nuber ausgearbeiteten Parkgebühren- und Parkhausfinanzierungskonzepts.

Seit Jahrzehnten träumen die Bürgerlichen vom Bau eines Parkhauses oder einer Tiefgarage am Kleinen See.

Herr Nubers schlüssige Berechnung zeigt, wie der Traum vom Parkhaus Wirklichkeit werden könnte: durch eine angemessene Parkgebührenerhöhung – geschätzte Mehreinnahmen von 680.000,00 € pro Jahr. Damit ließe sich ein 8-Millionen-Euro-Parkhaus finanzieren.

Unser Gesamt-Verkehrskonzept ist klar: Förderung und Vorrang für Fußgänger, Fahrradfahrer und ÖPNV bei gleichzeitiger Erschwerung des MIV (Mobilen Individualverkehr) durch Reduktion von Parkplätzen und eine deutliche Erhöhung der Parkgebühren. Aber ein Parkhaus am Standort Inselhalle wird auf unseren Widerstand stoßen.

Mein Kollege Uli Kaiser hat mit Engelszungen versucht, das Konzept Nuber als eine Sparbuch-Idee schmackhaft zu machen, denn mit der Erhöhung der Parkgebühren würden der Stadt Lindau beträchtliche Mehreinnahmen beschert. Damit ließen sich die gewünschten Großprojekte umsetzen und die Stadt hätte ein gut gefülltes „Sparbuch“ und finanzielle Spielräume eröffnet.

Schuldentilgung ist wichtigstes Großprojekt

Der Ansicht der Stadtratsmehrheit, nach der Pflichtaufgabe Modernisierung und Sanierung der Schule Reutin, seien die wichtigsten Großprojekte die Inselhalle, der Bau einer Hauptfeuerwache im Heuried und einer Bahnunterführung, setzt die Bunte Liste Lindau entgegen: Das wichtigste Großprojekt ist der Abbau des gigantischen Schuldenbergs der Stadt Lindau. Dieser beträgt stolze 40 Millionen Euro.

Der jahrelang praktizierte Grundsatz „Null Nettoneuverschuldung“ hat zu einer Stabilisierung der städtischen Finanzen geführt, nicht jedoch zu einer Konsolidierung. Wir müssen eine Regelung finden, Überschüsse, wie sie meist im Sommer mit der Jahresrechnung anfallen, nicht der Rücklage zuzuführen, sondern zur umgehenden Schuldentilgung zu verwenden.

Über 1,6 Millionen Euro fließen alljährlich für Zinszahlungen direkt an die Banken und sind unserer politischen Disposition entzogen. Eine Million Euro Schuldentilgung bedeutet für die Stadt z.B.:

- 50.000,00 € weniger Zinszahlung
- 50.000,00 € mehr Luft im Verwaltungshaushalt
- 50.000,00 € mehr Finanzierungsreserve
- 50.000,00 € mehr für Pflichtaufgaben und freiwillige Leistungen für die Bürger

Schlussabwägung

Unser Antrag, die Gewerbesteuer um 57 Punkte zu erhöhen und Mehreinnahmen von 1 Million Euro zu erzielen, ist leider abgelehnt worden.

Positiv am Haushalt ist das fraktionsübergreifende, einstimmige Prioritätsbekenntnis zur Sanierung und

Modernisierung der Schule Reutin. Für diese Pflichtaufgabe wird die Stadt die nächsten Jahre 7 Millionen Euro zahlen.

Dieser Haushalt deckt nur die elementaren Bedürfnisse und Pflichtaufgaben der Stadt ab. Soziales, Bildung, Ökologie und Kultur erhalten mit diesem Haushalt angemessene Mittel. Auch der Club Vaudeville weiß dies zu schätzen. Eine überdimensionierte Tagungshalle und Hauptfeuerwache spielen in diesem Haushalt keine nennenswerte Rolle. Die Bunte Liste kann deshalb diesem Haushalt zustimmen.

„Abschließend danke ich im Namen der Bunten Liste Lindau allen Mitarbeitern von Verwaltung, städtischen Betrieben, Regiebetrieben, Stadtwerken, Entwässerungswerken, ProLindau und GWG für ihre Arbeit. Unser Dank gilt auch allen Aktiven und ehrenamtlich Tätigen in sämtlichen Vereinen und Institutionen, die durch ihr Engagement Lindau und den Bürgern dienen, der Stadt viel Geld sparen und somit alljährlich zu einer wesentlichen Entlastung des Haushalts beitragen. Unser Dank gilt auch allen Stadtratskollegen, mit denen wir uns – hinsichtlich Großprojekte, Finanzkrise, Finanzsituation der Stadt und Schuldentilgung – in einem sehr angenehmen, offenen, kollegial geprägten Diskussionsklima konstruktiv und produktiv auseinandergesetzt haben.“

ALEXANDER KISS

IG Insel ■ Insel-Entwicklung mitgestalten

InselbewohnerInnen und Interessierte engagieren sich

Seit Herbst treffen sich interessierte InselbewohnerInnen zu einem monatlichen Stammtisch. Partei- und generationenübergreifend wird diskutiert und zu wichtigen Inselthemen Stellung bezogen. So verfasste die Versammlung im Januar 2011 einstimmig folgende an die Obine/Stadtverwaltung von Lindau gerichtete Resolution.

Die Resolution drucken wir hier in leicht gekürzter Fassung ab (siehe Kasten).

„Der geplante Neubau eines Parkhauses auf dem Parkplatz der Inselhalle wird grundsätzlich abgelehnt. Dies wird wie folgt begründet:

1. Die Erhöhung der Anzahl der Parkplätze führt zu mehr Verkehr auf der jetzt schon überlasteten Insel und führt in die falsche Richtung. Das Parkplatzangebot soll vorrangig vor der Insel erweitert werden.
2. Eine Modernisierung und maßvolle Erweiterung der Inselhalle ist möglich. Sie ist nicht primär von der Bereitstellung zusätzlicher Parkplätze in unmittelbarer Nähe abhängig. Die Kosten für das Parkhaus stehen in keinem vertretbaren Verhältnis zur Zahl der geplanten Stellplätze.
3. Es gibt keine Aussage über die alternative Unterbringung des Rummelplatzes für den Lindauer Jahrmarkt. Eine Verlegung wird die noch verbliebenen Gewerbetreibenden auf der Insel noch mehr beeinträchtigen.
4. Die Versammlung erwartet die Erstellung eines intelligenten Parkierungskonzepts für die Anwohner, Geschäftsleute, Besucher und Tagungsgäste. Darin soll neben der gesamten Insel auch der Festlandbereich unmittelbar vor der Inselbrücke einbezogen werden.“

Werden Sie aktiv!

Haben auch Sie eine enge Verbindung zur Insel und Interesse an einer sinnvollen und nachhaltigen Stadtentwicklung?

Dann schauen Sie beim nächsten Stammtisch vorbei. Stammtischtermine werden über die Lindauer Zeitung, Facebook („Interessensgemeinschaft Insel Lindau“) und die E-Mail-Adresse „insel-lindau@live.de“ bekannt gegeben.

MARTIN KNÖDLER

Eichwaldbad

„Retro“ ist in!

In den letzten Jahren ist zu beobachten, dass in vielen Bereichen eine Rückbesinnung stattfindet. Sei dies in der postmodernen Architektur, in der Mode (70er- und 90er-Retro-Look), bei Autos – New Beetle, Fiat 500 – oder bei Motorrädern. Die zwei- und vierrädrigen Fahrzeuge erscheinen äußerlich im alten Kleid, sind aber im Inneren mit moderner Technik ausgestattet.

Wir wollen ein Volks- statt nur ein Spaßbad im Eichwald!

Warum soll Ähnliches nicht auch in Lindau am Beispiel des Strandbades möglich sein? Der große Vorteil: Es ist schon alles vorhanden – wir müssen nichts neu erfinden! Das altbewährte „Volksbad“ im Lindauer Eichwald gilt es in seinem Wesen zu erhalten und mit dezenten Eingriffen zu modernisieren. Dies würde bedeuten, dass das Strandbad im Rahmen von Renovierungsmaßnahmen mit seinen Umkleidekabinen äußerlich erhalten, im Inneren aber den Bedürfnissen der heutigen Zeit angepasst wird.



Die Zeit für monströse „Badetempel“ ist vorbei!

So genannte Spaß- und Wellnessbäder gibt es in der Umgebung zur Genüge. Ob wir Lindauer – ganz abgesehen von den abenteuerlichen Finanzierungsideen, und abgesehen auch von den unabsehbaren künftigen Energiekosten – da mithalten können und müssen, bezweifle ich sehr.

Ich bin der festen Überzeugung, dass ein Bad mit ‚nostalgischem‘ Flair – ein „Volksbad“ eben! – für Lindau eine besondere Chance ist und auch finanzierbar sein wird.

EUGEN SCHUHMANN

Feuerwehr ■ Streitthema Hauptfeuerwache

Feuer unterm eigenen Dach

Vor Jahren wurde beschlossen, zusammen mit dem THW im Heuried ein neues Feuerwehrgerätehaus zu bauen, da damit viele Synergien verbunden seien. Ein „Planungsausschuss“ sollte das Projekt in seiner ersten Sitzung absegnen.

Warum ist daraus ein interfraktioneller Antrag entstanden, die bisherigen Planungen zu stoppen und neu zu beginnen?

Streitpunkt Insel-Drehleiter

Den Anfang machte die Verlegung der Drehleiter von der Insel ins Heuried. Diese war aufgrund des hohen Brandrisikos auf der Insel zwingend erforderlich und der Standort auf der Insel über viele Jahre unantastbar! Dies wurde anfangs auch in den Planungen im Heuried nicht infrage gestellt. Dann plötzlich muss die Drehleiter genauso zwingend ins Heuried verlegt werden. Dieser plötzliche 180°-Schwenk hat einigen StadträtInnen von Bunter Liste, SPD und Freien Wählern zu denken gegeben, zumal er innerhalb der Feuerwehr nicht unumstritten war.

Kritik als Majestätsbeleidigung?

Zu denken gaben auch folgende Punkte:

- Als Beweis dafür, dass die Verlegung der Drehleiter ins Heuried nicht zu einem Sicherheitsrisiko auf der Insel führen würde, diente eine manipulierte Probefahrt.
- Die aus diesem Meinungsumschwung entstehende Diskussion in der Feuerwehr wurde mit brachialer Macht unterdrückt; auch um den Preis des Verlustes von mittlerweile 30 aktiven Mitgliedern, entsprechend ca. 20% aller Aktiven.
- Trotz erheblicher Bedenken wurde das Millionenprojekt im Stadtrat mit einer Stimme Mehrheit weitergetrieben und ein „Planungsausschuss“ sollte das Projekt bereits auf seiner ersten Sitzung ohne auch nur die geringste Diskussion einfach abnicken.



- Ebenso wird trotz kontinuierlich sinkender Mitgliederzahlen, nach dem Verlust von 20% des aktiven Personals und enormen Schwierigkeiten, überhaupt noch Nachwuchs zu finden und längerfristig zu halten, ein Konzept aus 5 Standorten mit einem Gerätehaus am östlichen Stadtrand und einer Ausrückerinheit fast ohne Personal auf der Insel weiter verfolgt, das diese Struktur auf Jahrzehnte zementiert.
- Die für den gemeinsamen Bau von Feuerwehrgerätehaus und THW angeführten Synergien beziehen sich nahezu ausschließlich auf die Einsätze und bleiben bei den Gebäuden vernachlässigbar.
- Erkenntnisse, die sich aus dem Besuch der von der Feuerwehr empfohlenen Wehren in Nachbargemeinden ergaben und diametral gegen das Verfahren in Lindau sprachen, wurden auf der Generalversammlung der

Feuerwehr in einer wütend inszenierten Showeinlage als Schwachsinn bezeichnet.

• Ebenso war ein Antwortschreiben der Verwaltung auf den interfraktionellen Antrag in wesentlichen Punkten schwammig und ausweichend formuliert und ging nicht auf die Argumente im Antrag ein. Als Beweis für Notwendigkeit, Größe und Ausstattung des geplanten Baus wurden die Firma angeführt, die das Projekt für das Geld der Stadt begleitet, sowie die Regierung von Schwaben, die über die Zuschüsse befindet, nicht jedoch über das Konzept.

• Es war zudem sehr auffällig, dass CSU/FB das in zentralen Punkten auf einer anderen Ausgangssituation beruhende Konzept aus dem Jahr 2008 drei Jahre später und nach allem, was inzwischen vorgefallen war, immer noch – und zwar „ohne jegliche Diskussion!“ – durchsetzen wollen.

Eine Chance wurde vertan!

Eine für Stadt und Politik tragbare Lösung wäre ein glatter Schnitt und nach neutraler Bestandsaufnahme des aktuellen Brandrisikos und der veränderten Personalsituation – für 0,6% der Bausumme! – ein neues, ergebnisoffenes Konzept gewesen. Mehr wollte der interfraktionelle Antrag nicht. Diese Chance für einen breiten Konsens wurde jedoch vertan. Was jetzt bleibt, ist ein politisches Projekt, bei dem nicht die fachlichen Argumente das Ergebnis bestimmen. Mit den hervorragenden Leistungen der Mitglieder der Lindauer Feuerwehr hatte die Diskussion um den Neubau im Heuried nicht im Geringsten zu tun. Diese als Herabwürdigung des zeitaufwändigen, oft gefährlichen und psychisch belastenden Einsatzes unserer freiwilligen Feuerwehrleute durch Mitglieder des Stadtrats darzustellen, war im besten Fall äußerst unfair. Jedoch endet die nur im Einsatz erforderliche hierarchische Struktur der Feuerwehr spätestens an der Tür zum Sitzungssaal des Rathauses. Dahinter ist nur Platz für die Demokratie.

Und die wird weiter kritisch nachfragen!

PETER TRILOFF

Stadtentwicklung ■ Seifenblase „Congresszentrum“ in 1a-Lage geplatzt!

Traumtänzer

Es war Petra Seidl, die vor fünf Jahren im OB-Wahlkampf verkündete, sie wolle ein neues Tagungszentrum auf der Insel bauen. Auslöser waren nicht etwa eine Vision der Obine, sondern das Gemäkel der deutschen Wirtschaftskapitäne in der Nobel-Stiftung an der popeligen Inselhalle sowie die blumigen Versprechungen eines älteren Bauunternehmers aus Friedrichshafen. Letzterer füllt seine Auftragsbücher vorzugsweise mit Projekten von Kommunen und finanziert seine Gewinne mit Steuergeldern, von seinen CSU-Spezln gern „Investor“ genannt. Beim neuen Tagungszentrum war aber nie geplant, dass andere als die Lindauer BürgerInnen bezahlen. Für dieses Bauwerk neben dem Bahnhof waren der CSU auch 30 Millionen Euro nicht zu viel.

Vom Größenwahn zur Lachnummer

Eigentlich hätte sich die Bunte Liste zurücklehnen können ob dieser kommunalpolitischen Lachnummer. Aber wie immer, wenn Freie Bürger und CSU von einer Idee geplagt werden, greift bei Ihnen eine große Sehnsucht nach professoraler Unterstützung und deren teuren Gutachten um sich.

Dieser Wahnsinn hat Methode. Waren es in den vergangenen Jahren mehrere Hunderttausend Euro für das Tagungszentrum, wurden 2010 über 300.000 Euro für die Projekte Feuerwehr und Bäderhöhle bewilligt. Man könnte meinen: Geld spielt keine Rolle. Und die Lindauer CSU ist bei dieser öffentlichen Verbrennung von Steuergeldern immer die treibende Kraft. Die Bunte Liste dagegen stellte schon vor fünf Jahren klar: Das Geld für Tagungshalle und Parkhaus kann nur aus Steuer- und Gebührenerhöhungen kommen. Unsere normalen städtischen Einnahmen reichen ja schon kaum für unsere Pflichtaufgaben.

Ohne Moos nix los!

Als es nun zum Schwur kam und die StadtratskollegInnen aus FB und CSU diesen Griff in die Taschen der LindauerInnen beschließen sollten, rasteten einige regelrecht aus. Es gab ein großes Lamento und ein heftiges Gemaule gegen Obine und Verwaltung. Die Angelegenheit war so verfahren, dass sich die Bunte Liste



Statt Traumtänzeleien: Platz für den Rummel und gute Planung

Bunter Lösungsvorschlag: Parkhaus nur bei höheren Parkgebühren

bemühte einen Kompromiss auszuarbeiten. Die Bunte Liste schlug vor, die Parkgebühren zu erhöhen und die Einnahmen auf die Hohe Kante zu legen. Die Entscheidung über den irrsinnigen Bau des Parkhauses wird erst getroffen, wenn die Projekte Feuerwehr und Inselhalle abgerechnet sind. Dafür hätten wir den überzogenen Plänen für die Tagungshalle zugestimmt. Die Parkgroschen reichen aus, um Steuererhöhungen zu vermeiden und unsere Pflichtaufgaben nicht zu gefährden.

Es wäre also ganz einfach, diesen kommunalpolitischen Knoten zu lösen, wären da nicht unsere Stadtratskollegen aus FB/CSU/SPD mit ihrem Windschutzscheibenblick. Für sie ist eine erweiterte Inselhalle nicht ohne Parkhaus denkbar. Diese Parkplatzfetschisten müssen dann halt den Menschen in unserer schönen Stadt erklären, dass sie 8 Millionen Euro ausgeben wollen, um mit einem dreistöckigen Betonklotz den Blick auf den Kleinen See zu versauen und den Jahrmarktsrummel zu vertreiben. Dafür bekommen wir gut 100 zusätzliche Parkplätze. Diese sollen aber im Inselkern wieder abgebaut werden. Da dies unvermittelbar ist, bleibt unseren Tiefgaragentraumtänzern nichts, als weiter zu träumen. Leider haben die gleichen Kollegen ja noch die Bäderhöhle im Eichwald für ihre Sandkastenspiele.

ULI KAISER

Leben und Sterben in Lindau

Damit Versicherungen gut leben, müssen jedes Jahr Im Lindauer Stadtgebiet viele Bäume sterben – und mit ihnen alles Leben auf, an und in ihnen!



„Mein Freund der Baum ist tot, er fiel im frühen Morgenrot!“*

* nach einem bekannten Schlager der Sängerin Alexandra aus den 60er-Jahren

LOTHAR HÖFLER

Stadtentwicklung ■ Luftnummern im Höhenrausch

Vom Aufstieg und Fall Lindauer Großprojekte



Viel Raum für gute Ideen – aber bitte keine Luftnummern mehr!

In diesen Tagen ist es wieder häufig zu hören und zu lesen: In Lindau geht nichts vorwärts. Gemeint sind damit die Großprojekte wie Bahnhof, Inselhalle, Spaßbad, Unterführung, Kongresszentrum usw.

Die Kritik ist berechtigt, bezieht sich interessanterweise aber nie auf das Großprojekt „40 Mio. Euro Schulden“. Und sie ist ein direktes Ergebnis des Umgangs mit Großprojekten in Lindau. Bei immer mehr dieser Vorhaben wird, weil man sie sich nicht leisten kann, aber unbedingt haben will, aus dem Hut eines Investors (eigentlich ist es ein Renditor, die Investition ist nur Mittel zum Zweck) ein Großprojekt gezaubert und unter großem Trara in der Öffentlichkeit über mehrere Jahre aufgeblasen und als unverzichtbar und allein selig machend unters Volk gestreut. Dabei sind diese Projekte am Anfang nichts als Skizzen und Luftschlösser, weder fachlicher Bedarf und Finanzierung, noch Ausgestaltung

Zone 30 ■ Tempo! – Tempo?

Stopp den Rasern!

An der Diskussion um die Aufhebung von Tempo-30-Zonen hat sich die Bürgerinitiative Tempo 30 in Lindau engagiert beteiligt und ist selbst aktiv geworden. Wir dokumentieren die Ergebnisse von Messungen, die Edgar Löhr durchgeführt hat und die deutlich zeigen, in welchem erheblichem Umfang die 30-km/h-Grenze überschritten wird.

Mit der Entscheidung zur Aufhebung von Tempo 30 auf etlichen Straßen hat die Lindauer Verkehrsbehörde die wirksamste Maßnahme zur Erhöhung der Unfallzahlen ergriffen. Manch Autofahrer fand das gut. Es fehlt offenbar an Aufklärung unter den Autofahrern, aber auch bei der Verkehrsbehörde. Es ist eben eine Legende, dass den Interessen des fließenden Verkehrs am besten gedient sei, wenn man die Geschwindigkeitsbegrenzung aufhebt. Neben der Verkehrssicherheit leidet auch der Verkehrsfluss: In den Zeiten, wo viele unterwegs sind und es besonders eilig haben, verringert sich die Staufahrt bei Tempo 30. Die Verkehrsleistung innerstädtischer Straßen hat bei etwa 30 km/h ihr Maximum. Würde man den geforderten Sicherheitsabstand einhalten, wäre der Optimalwert sogar bei 22,5 km/h.

„30“ ist gut für Gesundheit und Umwelt

Es ist auch eine Legende, dass Autos bei Tempo 30 mehr Schadstoffe ausstoßen, als bei Tempo 50. Seit der Einführung des Katalysators, der Verbesserung des Teillastwirkungsgrades und dem Einbau von Fünf- oder Sechsganggetrieben ist dies kein Thema mehr. Es ist im Gegenteil so, dass die Emissionen auf den Strecken sinken, wo man strecken- oder verkehrsbedingt ohnehin immer wieder herunterbremsen muss. Gerade der Feinstaubausstoß, also der in Lindau kritische

und Nebenwirkungen sind belastbar nachgewiesen, gesichert und minimiert. Damit wird in der Öffentlichkeit natürlich Aufbruchstimmung signalisiert und der Eindruck geschürt, diese Großprojekte wären kurz vor der Realisierung. Zum eigentlichen Projekt kommen dann noch die Extrawünsche hinzu; oft noch lautstark vorangetrieben von Lobby-Gruppen und viele anderen, die später nicht mitzahlen müssen.

„Wir sind doch nicht Klein-Kleckersdorf...“

Wenn man sich von dieser Gier nach Großprojekten und dem dadurch ausgelösten Fieber jedoch nicht anstecken lässt, weil diese Projekte fachlich und finanziell unausgegoren sind und von optimistischen Szenarien ausgehen, wird man von den berauschten Machern sofort in die Ecke der ewigen Blockierer und Verhinderer des Fortschritts in Lindau gestellt. Zudem wird, wie an der Erweiterung der Inselhalle und der Feuerwehr

Emissionswert, erhöht sich erheblich bei steigender Geschwindigkeit. Stuttgart überlegt sich aus diesem Grund die flächendeckende Einführung von Tempo 30. Damit halbiert sich auch der Straßenlärm.

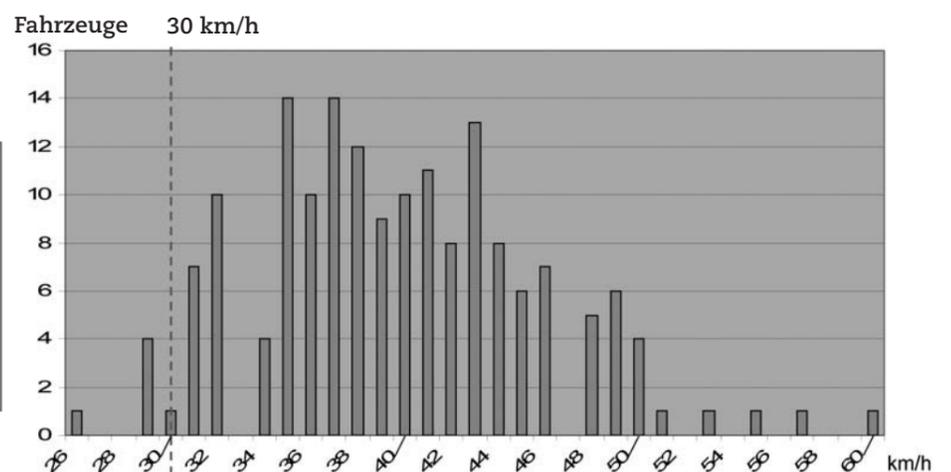
Die Zahlen und Fakten sprechen für sich

Es hat im letzten Jahr im Bereich Köchlinstraße/Steigstraße bereits mehrere Unfälle gegeben, drei davon mit Personenschaden, zwei davon mit Kindern. Gott sei Dank gingen diese wohl ohne bleibende gesundheitliche Folgen aus. Zudem wurde ein Ehepaar beim Überqueren der Straße auf Höhe Fidelisbäck beinahe überfahren. Es ist eindeutig feststellbar und durch Messungen belegt, dass nicht nur die unmittelbar betroffenen Straßen gefährlicher geworden sind, sondern dass diese Gefährdung noch weit in die bestehenden 30er Gebiete getragen wird. Ein erheblicher Anteil der Autofahrer wurde seither zum Rasen animiert. Drei eigene Radarmessungen am Motzacher Weg, wo Tempo 30 gilt, durchgeführt in Höhe Einmündung Dr.-Oberreitstraße am 5.7.2010 mittags und nachmittags (gegen 16 Uhr) sowie am 20.08. mittags ergaben eine mittlere Geschwindigkeit der 15% schnellsten Fahrzeuge von 45,5 km/h, 50,5 km/h und 50,9 km/h. Der Spitzenwert betrug 60 km/h also eine Überschreitung der zulässigen

Geschwindigkeitsmessung am Motzacher Weg

Ort:
Höhe Dr.-Oberreit-Str.
Zeit:
05.07.2010, 11:55 -12:15
05.07.2010, 15:46 -16:07
20.08.2010 11:58 - 12:18
(mit Radarpistole Bushnell
+/-2 km/h)

Quelle: E. Löhr



erkennbar, einzelnen Personen die freie Planung überlassen, die dann natürlich entsprechend ausfällt, weil man sich alle Wünsche erfüllen darf, während andere zahlen. Da Großprojekte einen politischen Hintergrund haben und es in der Politik sowieso gerne etwas größer sein darf, sind kritische Prüfung und Optimierung dann nicht unbedingt gern gesehen. Wenn dann diejenigen, die über diese Projekte entscheiden müssen, die Achillesferse solcher Planung nicht entdecken, was im Fall der Erweiterung der Inselhalle um Haaresbreite geschehen wäre – und im Fall der Feuerwehr geschehen ist –, weil der Planungsprozess an entscheidender Stelle völlig intransparent verlaufen ist, wäre Lindau in wenigen Jahren vor einem finanziellen Inselhallen-Scherbenhaufen und einem noch größeren Schuldenberg gestanden. Nach dem Höhenrausch kommt alsbald der Fall, da man irgendwann, völlig überrascht und kleinlaut eingestehen muss, dass das ja gar nicht finanzierbar ist, ohne die Stadt völlig handlungsunfähig zu machen und wichtige Pflichtaufgaben zu vernachlässigen. Dabei ist diese Entwicklung schon lange vorher absehbar, aber im Großprojekt-Fieber geht die kritische Distanz einfach unter – und manchmal soll sie das auch! Mit dem Fall des Großprojekts entsteht natürlich in der Öffentlichkeit unweigerlich der korrekte Eindruck, in Lindau ginge nichts vorwärts. Ein gefundenes Fressen für alle Lästler.

Pflicht geht vor Kür

Vielleicht sollte man einfach etwas kleinere Brötchen backen und sich etwas zurückhalten, bis ein Projekt, das man wirklich braucht und nicht zu einem Gutteil der eigenen Denkmalpflege oder dem Wettbewerb unter den Kommunen geschuldet ist, optimiert und wirklich realisierbar ist, ohne der Stadt die Luft abzudrehen. Aber leider teilen sich die städtischen Projekte in zwei Gruppen; in solche, die erforderlich, fundiert, optimiert, durchgerechnet und kontrolliert sind und in die politischen. Großprojekte gehören zu letzterer.

PETER TRILOFF

Citta slow



**Auf der ganzen Insel gilt:
1. Gang – „Schrittgeschwindigkeit“!**

LOTHAR HÖFLER

Geschwindigkeit um 100% (Gemessen: 170 Fz, nicht gemessen: ca. 10% wegen Dopplung). Schwere Fahrzeuge wie Lkws aber auch Busse potenzieren die Gefahren zusätzlich.

Was ist zu tun?

Stadt und Polizei sollten ihre Fehleinschätzungen korrigieren, dem letzten Beschluss des Hauptausschusses folgen und Tempo 30 im Interesse der Bewohner, der Gäste und auch im Interesse des Ferienziels Lindau weitgehend und rechtlich sauber umsetzen.

EDGAR LÖHR /
BÜRGERINITIATIVE FÜR TEMPO 30

Impressum

Hoybote, Mai 2011

V.i.S.d.P.: Lothar Höfler, Marktplatz 3
88131 Lindau (B)

Auflage: 12.000 Exemplare

Redaktion: Lothar Höfler, Uwe Peschka, Sibylle Gasch
Produktion: Druckerei Kleb, Wangen-Haslach

www.bunteliste.de